

Protokolleintrag vom 12.04.2000

1999/427

Weisung 136 vom 15.9.1999:

Integrationspolitik der Stadt Zürich

Der Spezialkommission Präsidialdepartement/Schul- und Sportdepartement gehören an: Präsidentin Andrea Widmer Graf (FDP), Berichterstattung; Vizepräsidentin Romana Leuzinger (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Marina Garzotto (SVP), Lorenz Habicher (SVP), Vreni Hollenweger (SP), Thelma Huber (FraP), Robert Kaese (FDP) (i.V. Urs Schmid [FDP]), Placid Maissen (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP) (i.V. Fiammetta Jahreiss-Montagnani [SP]), Jürg R. Schüepp (FDP), Brun Sidler (SVP), Esther Weibel Waser (SP).

Eintretensdebatte:

Namens der Kommissionsmehrheit (Fraktionen der SP, FDP, CVP und Grüne/AL/FraP) verliert Präsidentin Andrea Widmer Graf (FDP) folgende Stellungnahme:

Die Stellungnahme der Kommissionsmehrheit zeigt einige wichtige Punkte des Integrationsberichtes auf, bei denen grundsätzlich ein Konsens besteht.

Allgemeines

1. Es wird sehr begrüsst, dass man sich in der Stadt Zürich der Integrationspolitik annimmt. Der Bericht trägt zu einer Versachlichung der Diskussion über die Ausländerfrage bei.
2. Es wird nicht verschwiegen, dass der grosse Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt Zürich – insbesondere in einzelnen Quartieren – zu Problemen führt. Dies zeigt sich auch in der kürzlich veröffentlichten Befragung, in der das „Ausländerproblem“ an zweiter Stelle genannt wird. Es ist deshalb richtig, dass man die Probleme, Ängste und Unsicherheiten ernst nimmt und entsprechende Lösungen sucht.
3. Der vorliegende Bericht bildet die Grundlage für eine konstruktive Integrationsarbeit. Er zeigt konkrete Handlungsfelder auf, in denen das Zusammenleben verbessert werden kann.
4. Für die Stadt Zürich stellt sich die Frage, wie man mit den Ausländerinnen und Ausländern, die sich bei uns niedergelassen haben und heute in der Stadt Zürich wohnen und leben, umgeht. Die Einwanderungspolitik wird auf Bundesebene oder über den Arbeitsmarkt geregelt.
5. Die Integrationsmassnahmen richten sich primär an Migrantinnen und Migranten in der Stadt Zürich. Von vielen Massnahmen (z.B. Aufwertung der Wohnquartiere oder Massnahmen in der Schule) kann auch die schweizerische Bevölkerung profitieren.
6. Das Ziel der vorgeschlagenen Massnahmen ist ein friedliches Zusammenleben. Dieses Zusammenleben soll von Toleranz und Respekt geprägt sein. Gleichzeitig werden aber auch Forderungen und Erwartungen an die ausländische Bevölkerung gestellt.
7. Für die Umsetzung und Koordination der Integrationsmassnahmen sind sinnvolle Strukturen aufgebaut worden, die eine gute Zusammenarbeit ermöglichen.

Vorgeschlagene Massnahmen aus den Handlungsfeldern, die von der Kommissionsmehrheit besonders unterstützt werden:

Sprache

Die Kommission unterstützt die Absicht, dass auf das Erlernen der deutschen Sprache in Zukunft grosses Gewicht gelegt wird.

Schule und Bildung

Die bisherigen Massnahmen in der Schule haben sich bewährt und kommen auch den Schweizer Kindern zugute. Sie sollen deshalb weitergeführt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Erwerbsarbeit

Die Erwerbsarbeit ist sehr wichtig für die Integration, insbesondere für Jugendliche.

Wohnquartier

Die Kommission befürwortet vor allem eine Aufwertung der Siedlungen und Quartiere mit schlechter Wohnqualität, um eine Konzentration von sozial schwachen Migrantinnen und Migranten zu vermeiden. Die Stadt ist aufgefordert, bei ihren eigenen Liegenschaften attraktive Wohnungen zu schaffen (Sanierung, Um- oder Neubau, Umgebung).

Öffentliche Sicherheit

Die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen für die öffentliche Sicherheit werden unterstützt und als sinnvoll angesehen.

Massnahmen, für die in der Kommission keine Mehrheit gefunden wird:

Mitverantwortung beginnt mit der Teilnahme am öffentlichen Leben

Umstritten ist die Frage um das Stimm- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer. (Der Stadtrat beantragt dieses Stimm- und Wahlrecht nicht, er macht lediglich die Bemerkung, es sei „als langfristige Option im Auge zu behalten“.)

Ebenso ist das vom Stadtrat vorgeschlagene Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer in schulischen und kirchlichen Angelegenheiten umstritten. Die Stadt könnte dieses Stimm- und Wahlrecht ohnehin nicht in eigener Kompetenz einführen, es wäre eine kantonale Gesetzesänderung notwendig.

[Fraktionserklärungen siehe Protokoll-Nm. 2317–2321]

Dr. Claudia Nielsen (SP) tritt in den Ausstand.

Ein Antrag auf Nichteintreten wird nicht gestellt, womit Eintreten auf die Vorlage beschlossen ist.

Detailberatung:

Ziff. 1 Dispositiv/Antrag des Stadtrates:

1. Vom Bericht „Integrationspolitik der Stadt Zürich“ wird zustimmend Kenntnis genommen.

Eine Mehrheit* der Kommission (Referentin Präsidentin Andrea Widmer Graf [FDP]) beantragt Streichung des Wortes „zustimmend“.

Eine Minderheit** (Referentin Fiammetta Jahreiss-Montagnani [SP]) beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

* Präsidentin Andrea Widmer Graf (FDP), Marina Garzotto (SVP), Lorenz Habicher (SVP), Robert Kaeser (FDP) (i.V. Urs Schmid [FDP]), Placid Maissen (CVP), Jürg R. Schüepp (FDP), Bruno Sidler (SVP)

** Vizepräsidentin Romana Leuzinger (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Vreni Hollenweger (SP), Thelma Huber (FraP), Kyriakos Papageorgiou (SP) (i.V. Fiammetta Jahreiss-Montagnani [SP]), Esther Weibel Waser (SP).

Der Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 59 gegen 54 Stimmen zu.

Ziff. 2 Dispositiv/Antrag des Stadtrates:

2. Die Postulate GR Nm. 1995/192 und 1996/404 werden als erledigt abgeschrieben.

Eine Mehrheit* der Kommission (Referentin Präsidentin Andrea Widmer Graf [FDP]) beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Eine Minderheit** (Referent Lorenz Habicher [SVP]) beantragt Ablehnung des Antrages des Stadtrates.

* Präsidentin Andrea Widmer Graf (FDP), Vizepräsidentin Romana Leuzinger (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Vreni Hollenweger (SP), Thelma Huber (FraP), Robert Kaeser (FDP) (i.V. Urs Schmid [FDP]), Placid Maissen (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP) (i.V. Fiammetta Jahreiss-Montagnani [SP]), Jürg R. Schüepp (FDP), Esther Weibel Waser (SP)

** Lorenz Habicher (SVP), Marina Garzotto (SVP), Bruno Sidler (SVP).

Der Antrag der Kommissionsminderheit wird zurückgezogen; ein anderer Antrag wird nicht gestellt, womit demjenigen der Mehrheit zugestimmt ist.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 106 Stimmen (bei 5 Enthaltungen/Ausstand Dr. Claudia Nielsen [SP]) zu.

Damit ist b e s c h l o s s e n :

1. Vom Bericht „Integrationspolitik der Stadt Zürich“ wird Kenntnis genommen.
2. Die Postulate von Jean E. Bollier und Max Fritz (beide FDP) vom 14. Juni 1995 betreffend Stadtbevölkerung, Bericht über den Ausländeranteil (GR Nr. 1995/192), sowie von Hanna Lienhard (FDP) vom 6. November 1996 betreffend Ausländerpolitik, Erstellung eines Leitbildes (GR Nr. 1996/404), werden als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat.